

„Die“ Jugend gibt es nicht. Um nicht missverstanden zu werden: „Die“ Jugend gibt es nicht: männlich und weiblich, Ost und West, Herkunft und Bildungsgrad begründen Unterschiede. Schon von daher sind Jugendstudien immer nur Momentaufnahmen mit teils nur geringer Halbwertszeit, auch wenn sich da und dort überjährige Trends fortschreiben. Letzteres gilt offenbar für Politik und politisches Engagement. Die Jugendforschung und die „veröffentlichte“ Meinung neigen freilich gern dazu, ein in sich geschlossenes, auf ein griffiges Schlagwort reduziertes Bild „der“ Jugend zu suggerieren: die „skeptische“ Generation (1957), die „übertriebene“ Generation (1967), die „überflüssige“ Generation (1979), die „weinerliche“ Generation (1983), die „verlorene“ Generation (1989), schließlich die „Event“-Generation“ in einer „Event-Kultur“, die ihren „Spaß“ haben will. Und jetzt haben uns die „Ego-Taktiker“ erreicht oder auch die „pragmatische Generation“ (*Süddeutsche Zeitung*) oder die Jugend „der Mitte“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*). Aber was ist heute „Jugend“, was „erwachsen“, was „alt“ – in einer Gesellschaft, in der durch Verlängerung der Ausbildungswege sich immer mehr „Jugend“ immer schneller auf die 30 zubewegt und schon ab 35, 40, spätestens 45 Jahren das Signal unüberhörbar wird, man gehöre jetzt zum „alten Eisen“, in der nach Jahren „Alte“ sich jugendlich geben wollen, „Outfit“ und Accessoires der Sechzehnjährigen imitieren? Niemand will „alt sein“, obwohl die

„Alten“ immer zahlreicher werden und die Jungen immer weniger. Was ist dann noch „jung“ im Orientierungsverhalten, im Nachahmen, im Abgrenzen? Verkörpert Jugend noch Aufbruch, das eher Ideelle, das Rebellische gegen eine verkrustete Gesellschaft, der gegen den „Mief von tausend Jahren“ dringend Frischluft zugeführt werden muss? Oder sind die Phasen eigentlich nur mehr statistisch zu trennen nach Bafög- und Rentenalter, weil früher zugeschriebene und auch zu Reibungen führende spezifische Merkmale verschwimmen? Schließlich: Warum sollte Jugend anders sein wollen oder können, wo doch alle „jung“ sind, warum sollte in einer Konsumgesellschaft „Jugend“ auf Konsum verzichten wollen, warum sollte in einer „Spaßgesellschaft“ Jugend nicht ihren „Spaß“ haben wollen, wo doch eine Partei noch ihren Wahlkampf als Späßeignis inszenierte, warum sollte in einer Gesellschaft, in der Geld und Karriere über Lebensstil und Prestige entscheiden, Jugend Geld und Karriere verachten? Und warum sollte in einem kulturellen Ambiente, in dem so etwas wie Allgemeinbildung sich nur noch bei Günther Jauch auszahlt, sich Jugend um mehr bemühen als um einen möglichst hohen Formalabschluss, gleichgültig, wie leicht er ihr gemacht wird? Es mag ja sein, dass in den achtziger Jahren so genannte *postmaterielle* Wertpräferenzen insbesondere bei „der Jugend“ angesiedelt waren, aber so tief scheint das alles nicht gesessen zu haben, zumal in einer Periode abnehmenden

Wohlstands und wirtschaftlicher Unsicherheit materielle Präferenzen rasch wieder greifen (werden).

Bringt die 14. Shell-Jugend-Studie gegenüber den bereits vorhandenen Jugendstudien der neunziger Jahren daher wirklich Überraschendes? Oder hat sich das Bild nur stabilisiert, das in den achtziger Jahren wohl noch anders war: der tiefe Wunsch nach einer normal-bürgerlichen Existenzform?

Keine „neue“ Jugend 2002

Die neue Shell-Studie schreibt nur jene Trends fort, die sich bereits in den Jugendstudien der neunziger Jahre deutlich abgezeichnet haben und die sich auf neun hier natürlich nur grob formulierte Thesen konzentrieren lassen:

1. Die Studie bringt ihr Ergebnis auf die pointierte Formel „Ego-Taktiker“ (wobei wir darunter subsumierte Binnentypen – Materialisten, Idealisten etc. – hier vernachlässigen können).
2. Diese „Ego-Taktiker“-Jugend ist primär am individuellen Betroffensein durch Themen, Rahmenbedingungen, Wertvorstellungen orientiert, das Kalkül lautet: Was bringt mir das, wie führt mich das weiter, wie trägt es zu meiner Befindlichkeit bei?
3. Sie will private Geborgenheit/Bindung/Sicherheit und beruflichen Aufstieg/Karriere miteinander kombinieren.
4. Ihr Werte-/Trendverhalten ist stark außengeleitet.
5. Das Politikinteresse hält sich – wie schon in den neunziger Jahren – in Grenzen, sodass das politische Engagement in etablierten Strukturen auch weiterhin gegen null tendiert.
6. Auch aus den für besonders wichtig erachteten politischen Themen ist der Betroffenheitsaspekt abzuleiten: Arbeitsmarkt, Familie, Bildung.
7. Das gilt gleichermaßen für die Engagementfelder, bei denen ebenfalls ein

persönliches Eigeninteresse erkennbar wird.

8. Von einer häufig behaupteten oder unterstellten Technikfeindlichkeit kann keine Rede sein.
9. Mädchen sind auf dem Vormarsch.

Soziales Umfeld und Trend zum Privaten

Entscheidend ist auch im Kontext des Verhältnisses von Jugend und Politik die Abhängigkeit von Stimmungen, Erwartungen und der Engagementbereitschaft vor dem Bildungshorizont, in dem sich die Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen immer weiter angleichen (das Bildungsverhalten der Mädchen hat jetzt das der Jungen überflügelt). Dabei streben insgesamt fünfzig Prozent unserer Jugendlichen das Abitur an, wobei das erreichte Bildungslevel wiederum sehr stark – und das ist eine deutliche Parallele zu den PISA-Studien – vom familiären und sozialen Umfeld abhängt. Was innerhalb der Familie versäumt wird oder an bedenklichen Prägungen stattfindet, vermag institutionalisierte Demokratieerziehung gar nicht oder nur unter sehr großem Aufwand zu kompensieren. Auch die offenbar abnehmende Bildungswirkung der Familie darf daher nicht unterschätzt werden: Bezeichnenderweise besteht nach der *IEA Jugendstudie* von 1999 ein enger Zusammenhang zwischen dem politischen Informationsstand der Jugendlichen, ihrem Engagement und dem Bildungsambiente des Elternhauses: je geringer das Wissen, desto geringer die Bereitschaft, sich auf Politik einzulassen. Damit bestätigt sich zugleich die Vermutung, dass sich die Schere zwischen „Gewinnern“, die teilhaben können, und „Verlierern“ weiter öffnet, zumal die Gruppe der von Bildungsrisiken (nur elementare Abschlüsse, keine Berufsausbildung etc.) Betroffenen weiter steigen wird.

Der dominierende Trend zum Privat-Äußerlichen und zugleich die Sehnsucht

nach verlässlicher Bindung spiegelt sich deutlich in dem, was Jugendliche als „in“ bezeichnen:

- An erster Stelle steht „toll aussehen“, was den allgemeinen Trend zum Körper- und zum Jugendlichkeitskult in unserer Gesellschaft nur noch einmal bestätigt.
- An zweiter Stelle steht Karriere.
- An dritter Stelle steht Technik, womit primär die Informationstechniken gemeint sind.
- An vierter Stelle steht Treue.
- Und schließlich steht an fünfter Stelle Markenkleidung.

Sich in Bürgerinitiativen oder in Politik einzumischen, steht an drittletzter beziehungsweise vorletzter Stelle, ist nicht *trendy*.

Dem Grad der eigenen Betroffenheit entspricht auch die Selbsteinschätzung, wo oder wie man gesellschaftlich aktiv ist: 52 Prozent in Vereinen (Sport, Kultur und Musik), 53 Prozent in Schulen und Hochschulen, 25 Prozent in Jugendorganisationen und Jugendgruppen, nur drei Prozent in Gewerkschaften und Parteien. Immerhin geben 48 Prozent „allein, persönliche Aktivitäten“ an, sind also nicht in irgendeinen organisierten Kontext eingebunden, lassen sich aber situativ ansprechen.

Die persönliche Grundstimmung (58 Prozent im Westen/52 Prozent im Osten) ist überwiegend positiv-optimistisch (das war schon ein Trend der neunziger Jahre), hingegen wird die gesellschaftliche Zukunft von immerhin 58 Prozent im Westen und 45 Prozent im Osten als eher düster eingeschätzt (auch das entspricht den neunziger Jahren).

Weiter sinkendes Interesse an Politik

Auch im Verhältnis zur Politik schreiben sich die Trends der neunziger Jahre fort: Was die Beziehungen zwischen Jugend und Politik im engeren Sinne angeht, so

bezeichnen sich vier Prozent als stark interessiert, 26 Prozent als interessiert, vierzig Prozent als wenig interessiert und dreißig Prozent als gar nicht interessiert. Diesem ziemlich großen Anteil gar nicht oder wenig Interessierter entspricht die politische Wahlbeteiligung, die bei ca. 35 Prozent liegt. Auch hier ist, wie bereits oben betont, das politische Interesse abhängig vom Bildungsniveau. Nur sechs Prozent der Hauptschüler sind politisch interessiert, bei den Gymnasiasten sind es annähernd dreißig Prozent und bei Studierenden 64 Prozent. Die Kategorien links und rechts sind im Osten noch virulenter als im Westen, aber auch diese Differenz pendelt sich langsam zur Mitte ein. Was nun die Parteipräferenz betrifft, so neigen 26 Prozent zur CDU (Vergleich zu 1981: 18 Prozent): Jugendliche erleben die CDU/CSU eher als Partei der ökonomischen Moderne, der technologischen Innovation und des gesellschaftlichen Fortschritts. Die Antizipation des Anstiegs eigener Chancen führt daher zu einer Orientierung in Richtung CDU/CSU, da dort ähnliche Vorstellungen vermutet werden. 25 Prozent neigen zur SPD (1981: 24 Prozent). Ein gravierender Einbruch ist bei den Grünen zu verzeichnen: Waren es 1981 noch zwanzig Prozent, sind es jetzt neun Prozent, die sich als ihnen nahe stehend bezeichnen; und Umweltschutz rangiert auf dem vorletzten Platz. Die Bundestagswahl 2002 hat diese Trends im Übrigen bestätigt. Für rechtsradikale Parteien ist offenbar kein Potenzial vorhanden (hohe Zustimmung zum NPD-Verbot). Deutlich ist die Zufriedenheit mit der Demokratie als Staatsform (Westen: 74 Prozent, Osten: 59 Prozent). Mit der Realität sind im Westen immerhin noch über sechzig Prozent zufrieden, hingegen ist im Osten eine deutliche Unzufriedenheit mit dieser Realität (ca. fünfzig Prozent, nur zwei Prozent sehr zufrieden) zu verzeichnen. Das Vertrauen in gesellschaftliche Gruppierungen und Institu-

tionen lässt wieder einmal erkennen, dass die Parteien das geringste Vertrauen genießen (nach Unternehmerverbänden und den Kirchen) und dass an erster Stelle die Gerichte, die Polizei (die offenbar als nicht parteipolitisch besetzt gelten) und die Menschenrechtsgruppen stehen. Damit lässt sich auch 2002 nicht nur am Engagement, sondern auch beim Vertrauenspotenzial der langjährige Trend zur Parteienverdrossenheit (39 Prozent: keine Partei ist lösungskompetent, 19 Prozent: keine Angabe) beobachten, und mit diesem Verhältnis zu Gesellschaft und Politik korrespondiert wiederum, was den Jugendlichen für die eigene Lebensgestaltung wichtig ist: An erster Stelle stehen „Freundschaft und Partnerschaft“, gefolgt von „Familie und Eigenverantwortung“. Hingegen ist für 56 Prozent der Jugendlichen der Gottesglaube unwichtig (für die „C“-Parteien ist dieser Trend ebenso wichtig wie das geringe Vertrauen in die Kirchen) und für 56 Prozent das Politikengagement. Politische Themen, die Jugendliche für besonders wichtig halten und die damit für sie zukünftige besondere gesellschaftliche Aufgabenfelder bedeuten, sind: Arbeitsmarkt, das entspricht der Bedeutung der Karriere in der Lebensgestaltung; Kinder und Familie, das entspricht dem hohen Stellenwert des privaten Umfeldes; Bildung, das entspricht der Einschätzung der Jugendlichen, dass nur Bildung auch zu Aufstieg und Karriere führen könne. Dazu passt schließlich, dass im Werteschema Fleiß und Ehrgeiz von 75 Prozent für wichtig erachtet werden (Vergleich zu 1990: 62 Prozent).

Zurück ins Biedermeier?

Wenn es scheint, dass wir es mit einer geradezu „biedermeierlichen“ Jugend zu tun haben, die sich im Wesentlichen um sich und ihr Privatleben kümmert, die sich dem Zugriff des organisiert Politischen entzieht und keine Neigung zeigt,

sich in etablierte Strukturen zu begeben, so mag man das einerseits als entideologisierenden, sich zugleich anpassenden Trend zwischen den Generationen und daher positiv bewerten: zumal das Verhältnis zu den Eltern optimal zu sein scheint; aber das mag an den eingangs skizzierten Anpassungsprozessen zwischen den Generationen liegen. Diese Jugend ist pragmatisch, mit den Rahmenbedingungen im Ganzen zufrieden, auf die (eigene) Zukunft bezogen optimistisch und auf Karriere aus, wofür wiederum Leistung Voraussetzung ist (auch hier wie immer in Abhängigkeit vom Bildungsgrad). Auch politisch wäre diese Perspektive so unerfreulich nicht, weil Ideologisches und ideologisch begründete Distanz *out* wären. Man kann es aber auch so interpretieren, dass wir immer mehr einer atomistischen Gesellschaft von karrierebezogenen, wertmäßig nur noch auf das eigene Ego bezogenen Individualisten entgegengehen, bei denen man mit gemeinschaftsbezogenen Wertorientierungen nur dann Resonanz findet, wenn sich eine Interessenidentität ergibt oder herstellen lässt. Es muss daher schon interessieren, wie sich „diese“ Jugend angesichts wirtschaftlich und demografisch verschlechternder Rahmenbedingungen platzieren wird: Was hält diese Gesellschaft zusammen, wie wird sich der Generationenvertrag gestalten? Der Begriff „Ego-Taktiker“ assoziiert allzu leicht Egoismus, Ellenbogen, soziale Kälte. Aber die Bereitschaft junger Menschen, im Rahmen der Flutkatastrophe 2002 bis zur Erschöpfung anzupacken und Hilfe zu leisten, lässt folgern, dass auch die Jugend 2002 wie schon in den neunziger Jahren ihr „Sowohl-als-auch“ lebt, nicht das „Entweder-oder“, dass individuelle Selbstverwirklichung und Gemeinschaftsbezogenheit einander ergänzen, wenn es darauf ankommt, und sich „Spaß“ auch über ein als sinngebend empfundenenes Engagement für andere ge-

winnen lässt. Jugend will gefordert sein, vielleicht mutet man ihr im Alltag auch von Seiten der Politik zu wenig zu, unterfordert sie, hält sie auf Distanz, bietet ihr zugleich zu wenig Vorbild, lässt sie mit sich selbst alleine. Der Satz: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“, stammt von Karl Jaspers aus dem Jahr 1931, und er gilt auch heute noch, trotz sich verschiebender Mehrheiten. Friedrich Tenbruck hat die Konsequenz in seiner Studie *Jugend und Gesellschaft* zwar etwas altbacken, aber zutreffend formuliert: „Der Jugend fällt die Zukunft immer und automatisch zu. Insofern ist das eine Trivialität. Doch in ihr steckt eine Tatsache, deren Einfachheit nur von ihrer Bedeutung übertroffen werden kann: dass die Zukunft irgendeiner menschlichen Fähigkeit, des kulturellen Besitzes und der inneren Daseinsmöglichkeiten, dass überhaupt die Zukunft eines Volkes wie der Völker immer nur das sein kann, was eine Jugend in diese Zukunft hineinzutragen vermag.“ Wer heute „Jugend“ ist, wird als „Erwachsener“ nicht nur die zunehmenden Lasten der Zukunft zu tragen haben – nach „unten“ wie nach „oben“ –, es wird auch von ihm abhängen, wie sich das kulturelle und politische Klima unserer Gesellschaft bestimmt. Und wenn die heutige Erwachsenengeneration darauf wirklich Einfluss nehmen will, ist es zwingend notwendig, Jugend von vornherein einzubinden, Jugend zu fordern und zu fördern, ihr Zutrauen zu gewinnen und ihr dieses zu geben und sie möglicherweise über den Gedanken anzusprechen, dass sich ihre privaten Orientierungen nur dann verwirklichen lassen, wenn das Umfeld in Staat und Gesellschaft angemessen funktioniert, dass Engagement dafür daher schon im ureigensten Inte-

resse ihres Lebensentwurfs liegt. *Tua res agitur*, so formulierte auch schon Shell 2000: Eine Verringerung der Distanz zur Politik sei möglich, wenn gegenwärtige biografische Belastungen Jugendlicher verringert und erlebte Kompetenz-Zusammenhänge bei Jugendlichen gesteuert werden könnten.

Jugendpolitik oder Politik für die Jugend?

Damit Jugend für politische Bildung und über sie für Politik gewonnen oder zumindest für Politik interessiert werden kann, muss – für Jugendliche erkennbar und transparent – eine Politik für die Jugend betrieben werden. Das ist zugleich grundlegende Voraussetzung, wenn politische Bildung wirken soll. Eine solche Politik kann sich nicht auf die so genannte Jugendpolitik beschränken. Politik für die Jugend, das ist gute Bildungspolitik, gute Familienpolitik, gute Arbeitsmarktpolitik, gute Sozialpolitik. Wichtig ist es auch, dass die für Jugendliche relevante Politik als eine Politik wahrgenommen werden kann, die im Dialog mit der Jugend entsteht. Politik muss hier vor allem eines praktizieren: Bereitschaft zum Zuhören. Nur eine Jugend, der zugehört wird und deren Argumente erkennbar in politisches Handeln einmünden, fühlt sich ernst genommen. Und wenn es schließlich stimmt – und damit schließt sich der Kreis –, dass Jugend heute nicht mehr „anders“ sein kann oder will als die sie umgebende Gesellschaft, dass die dort dominierenden Wertpräferenzen auch hier dominieren, dann wäre es höchste Zeit, sie daraufhin zu überprüfen, ob sie „Vorbild“ sein können für eine Gesellschaft, die Gemeinschaft sein will und sein muss, um die Zukunft zu meistern.